

FREIBERUFLER-TICKER vom 15. März 2019

1. **Vertragsverletzungsverfahren zur Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie**

Am 7. März 2019 hat die Europäische Kommission den nächsten Schritt im Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen nicht-ordnungsgemäßer Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie 2005/36/EG in der durch die Richtlinie 2013/55/EU geänderten Fassung eingeleitet. In der mit Gründen versehenen Stellungnahme kritisiert die EU-Kommission eine in Deutschland ihrer Auffassung nach unzureichende Umsetzung der Richtlinie bezüglich bestimmter Transparenzpflichten, des Vorwarnmechanismus, des partiellen Zugangs zu bestimmten Berufen, der Anforderungen an Sprachkenntnisse sowie der Vorbehaltsaufgaben bei Steuerberatern. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, hierauf zu reagieren, bevor die EU-Kommission, sollte sie weiterhin eine andere Auffassung vertreten, letztlich den Europäischen Gerichtshof anrufen kann. Der nun an Deutschland übermittelten mit Gründen versehenen Stellungnahme war ein Aufforderungsschreiben der EU-Kommission vom 19. Juli 2018 vorangegangen. Parallel dazu gibt es seit dem 24. Januar 2019 ein zweites Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland ebenfalls wegen nicht-ordnungsgemäßer Umsetzung der Berufsanerkenntnisrichtlinie, dessen konkrete Inhalte nach wie vor nicht bekannt sind.

2. **Ethische Standards im Programmcode verankern**

Die Bertelsmann Stiftung und der Think Tank iRights.Lab haben gemeinsam Regeln für die Gestaltung algorithmischer Systeme erarbeitet und Ende vergangener Woche [vorgestellt](#). Bei diesen sogenannten „Algo.Rules“ handelt es sich um einen Katalog von neun formalen Kriterien, die laut der Autoren eine gesellschaftlich förderliche Gestaltung algorithmischer Systeme ermöglichen und erleichtern sollen. Die Algo.Rules seien ein erster wichtiger und neuartiger Versuch, algorithmische Systeme gemeinwohlorientiert zu gestalten. Die Regeln sind unter folgende Überschriften gestellt: (1) Kompetenz aufbauen, (2) Verantwortung definieren, (3) Ziele und erwartete Wirkung dokumentieren, (4) Sicherheit gewährleisten, (5) Kennzeichnung durchführen, (6) Nachvollziehbarkeit sicherstellen, (7) Beherrschbarkeit absichern, (8) Wirkung überprüfen und (9) Beschwerden ermöglichen.

3. **Digitalisierungs-Index 2019**

Am 11. März 2019 ist der [Digitalisierungs-Index](#) 2019 im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat vorgestellt worden. Danach kommt die Digitalisierung in Deutschland weiter voran: Mit 67,6 Punkten liegt der Gesamt-Indexwert für Deutschland 2019 rund fünf Punkte über dem von 2017. Fortschritte habe es demnach vor allem beim digitalen Angebot der kommunalen Verwaltungen und im Bereich Wirtschaft und Forschung gegeben. Doch nicht in allen Bundesländern schreitet die Digitalisierung im gleichen Tempo voran.

4. **Umsetzungsstrategie „Digitalisierung gestalten“ erweitert**

Der Kabinettsausschuss Digitalisierung hat sich am 13. März 2019 mit der [Aktualisierung](#) der [Umsetzungsstrategie](#) „Digitalisierung gestalten“ beschäftigt. In die Strategie sind neun neue Vorhaben aufgenommen worden. Dazu zählt etwa die „Verbesserung des Datenmanagements zwischen Bund, Ländern und EU-Institutionen“, eine „Plattform zum Austausch digitaler Lehr- und Lernmedien in der dualen Berufsausbildung“ und ein Projekt zur Förderung der Digitalkompetenzen aller Bevölkerungsgruppen.

5. BIBB veröffentlicht Liste der beliebtesten Ausbildungsberufe

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) vom 13. März 2019 ist der/die Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement im Jahr 2018 der beliebteste Ausbildungsberuf in der Gesamtliste, für Frauen und Männer, der 326 dualen Ausbildungsberufe gewesen. Über ein Drittel aller neuen Ausbildungsverträge entfällt auch im Jahr 2018 auf nur zehn Berufe. Bei den weiblichen Auszubildenden sind die meisten Ausbildungsverträge wieder im Beruf Kauffrau für Büromanagement abgeschlossen worden. Auf Rang zwei und drei kommen wie im Vorjahr die Berufe Medizinische Fachangestellte und Zahnmedizinische Fachangestellte; hier liegt der Männeranteil jeweils bei unter drei Prozent. Die beliebtesten Ausbildungsberufe für junge Männer sind Kfz-Mechatroniker, Elektroniker und Fachinformatiker. In der Gesamtstatistik der beliebtesten Ausbildungsberufe bei Frauen und Männern insgesamt liegen Medizinische Fachangestellte und Zahnmedizinische Fachangestellte auf Platz sechs und neun.

6. Mehr Unterstützung für Auszubildende

Zum Beginn des Ausbildungsjahres am 1. August 2019 steigen die Berufsausbildungsbeihilfe für Auszubildende und das Ausbildungsgeld für junge Menschen mit Behinderung. Das Bundeskabinett hat laut einer flankierenden [Pressemitteilung](#) bei seiner Sitzung am 13. März 2019 einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg gebracht. Die Bedarfssätze und die Einkommensfreibeträge werden in zwei Stufen angehoben. Zum 1. August 2019 steigt der Höchstbetrag für Lebensunterhalt und Wohnen: von derzeit 622 Euro auf 716 Euro monatlich. Zum 1. August 2020 steigt er nochmals auf 723 Euro pro Monat.

7. Schülerzahl im Schuljahr 2018/2019 gesunken

Im Schuljahr 2018/2019 werden rund elf Millionen Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Deutschland unterrichtet. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) am 12. März 2019 [mitgeteilt](#) hat, sind das 0,5 Prozent weniger als im Schuljahr 2017/2018. Dieser Rückgang verläuft laut Destatis nahezu parallel zur demografischen Entwicklung. Im laufenden Schuljahr besuchen insgesamt 8,3 Millionen Schüler allgemeinbildende Schulen, minus 0,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. An beruflichen Schulen werden 2,5 Millionen Schüler, minus 1,4 Prozent, unterrichtet. Die Schülerzahl an Schulen des Gesundheitswesens ist um 1,4 Prozent auf 156.000 gestiegen.

8. Berufsbezogene Sprachförderung erhöht die Beschäftigungschancen deutlich

Zu diesem Fazit kommt das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in einer [Studie](#), die am 13. März 2019 veröffentlicht worden ist. Untersucht wurde das vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) angebotene und durch den Europäischen Sozialfonds (ESF) geförderte ESF-BAMF-Sprachprogramm zur berufsbezogenen Sprachförderung, das sich an Personen richtet, deren Deutschkenntnisse nicht ausreichend sind, um auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Teilnahme am ESF-BAMF-Sprachprogramm die Beschäftigungswahrscheinlichkeit der Teilnehmenden mittelfristig, hier zwei Jahre nach Beginn des Kurses, um bis zu sieben Prozentpunkte erhöht.

9. Lehrer sehen Schulen bei Digitalisierung im internationalen Vergleich im Hintertreffen

Das geht aus einer [Befragung](#) von Lehrern im Auftrag des Digitalverbands Bitkom hervor, deren Ergebnisse am 12. März 2019 veröffentlicht worden sind. Mehr als die Hälfte der Lehrer, 54 Prozent, würde gerne häufiger digitale Medien einsetzen, scheitert aber aus verschiedenen Gründen daran. Größtes Hemmnis ist fehlende Technik. 58 Prozent sagen, dass es an den nötigen Geräten für die Nutzung im Unterricht mangelt. Dahinter folgt die Sorge, dass die Technik im Unterricht versagt – 36 Prozent. Auch ein fehlendes pädagogisches Konzept, 13 Prozent, und unzureichende Technik-Kenntnisse, zwölf Prozent, spielen eine Rolle. Viele Schulen verfügen nur über eine digitale Grundausstattung. Beamer sind mit 99 Prozent, Notebooks mit

82 Prozent und stationärer PCs mit 87 Prozent Standard, jedoch meist nur als Einzelgeräte oder in speziellen Fachräumen verfügbar. Zwei von drei Schulen, 65 Prozent, verfügen über interaktive Whiteboards, also elektronische Tafeln mit Bildschirmsteuerung, allerdings fast ausschließlich in einzelnen Fachräumen. In jeder dritten Schule gibt es Tablets, die absolute Ausnahme sind hingegen Virtual-Reality-Brillen. Weitere Ergebnisse präsentiert Bitkom unter anderem zu den Vor- und Nachteilen des Einsatzes digitaler Technologien im Unterricht und dem Bedarf an Weiterbildung vor allem hinsichtlich des Einsatzes digitaler Medien im Unterricht.

10. Bertelsmann-Studie zur Finanzierung der Weiterbildung

Laut einer [Pressemitteilung](#) der Bertelsmann Stiftung vom 11. März 2019 werden in Deutschland rund 26,9 Milliarden Euro pro Jahr für Weiterbildung ausgegeben. Der Großteil – knapp 20,6 Milliarden Euro – wird privat finanziert, durch Betriebe oder die Teilnehmenden selbst, nur 6,3 Milliarden Euro werden öffentlich finanziert. Im Jahr 1995 hat der Staat noch Weiterbildungen in Höhe von 11,1 Milliarden Euro getragen, somit ist hier ein Rückgang um 43,3 Prozent zu verzeichnen. Vor dem Hintergrund der derzeit entstehenden Weiterbildungsstrategie der Bundesregierung fordert die Bertelsmann Stiftung, staatliche Mittel auch jenen Menschen zur Verfügung zu stellen, die ALG II beziehen. Darüber hinaus sollten besonders Teilqualifizierungen gefördert werden, die auch während der Erwerbstätigkeit einen schrittweisen Weg zum Vollabschluss ermöglichen. Eine weitere Forderung ist, dass berufliche Weiterbildungen für klassische Berufsabschlüsse angerechnet werden.

11. Budgets für Weiterbildung

Drei Viertel aller Unternehmen haben kein festes Budget für digitale Weiterbildung. Das hat eine [Studie](#) des Digitalverbands Bitkom und des TÜV-Verbands ergeben, die Ende vergangener Woche veröffentlicht worden ist. Danach sagen vier von zehn Unternehmen, Weiterbildungen seien zu teuer oder es sei kein ausreichender finanzieller Spielraum vorhanden. Noch häufiger genannt wird ein Zeitmangel: Gut die Hälfte der Unternehmen gibt an, dass es keine Zeit für Freistellungen gibt. Bezogen auf die Weiterbildung von Mitarbeitern zur Erlangung und Vertiefung von digitalen Kompetenzen sagen 27 Prozent der Unternehmen, sie könnten die Qualität der Angebote schlecht beurteilen. 26 Prozent sind die Offerten nicht ausreichend auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmt. Ebenso viele haben keine Kapazitäten für die Freistellung der Mitarbeiter in der Zeit der Qualifizierung, 24 Prozent sind die Angebote zu teuer.

12. Gründungskommission für die Agentur für Sprunginnovationen eingesetzt

Laut einer gemeinsamen [Pressemitteilung](#) des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vom 12. März 2019 haben beide Häuser die Gründungskommission für die Agentur für Springinnovation (SprinD) eingesetzt. Die Gründungskommission berät die Bundesregierung beim Auswahlprozess der Geschäftsführung und der Standortsuche für die Agentur zur Förderung von Sprunginnovationen. In der Gründungskommission sollen innovationserfahrene Persönlichkeiten der Wissenschaft und Wirtschaft sowie Mitglieder des Deutschen Bundestages mitwirken. Die Agentur SprinD soll Innovationen auf den Weg bringen, die technologisch neu sind und ein hohes Potenzial für eine marktverändernde Wirkung mit neuen Produkten, Dienstleistungen und Wertschöpfungsketten enthalten.